

16.01.2024

Niederschrift über die Senatssitzung

(I.6)

Frau Bürgermeisterin Fegebank trägt den Inhalt der Neufassung der Drucksache Nr. 2024/98, betreffend

Haushaltsplan 2023/2024

Einzelpläne 1.2 - 1.8 der Bezirksämter,

Einzelplan 6.1 Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen,

Einzelplan 4 Sozialbehörde sowie

Einzelplan 9.2 Allgemeine Finanzwirtschaft

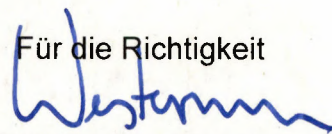
Nachbewilligungen nach § 35 Landeshaushaltsordnung für das Haushaltsjahr 2024 zur Deckung von Mehrbedarfen in Folge des Wohngeld-Plus-Gesetzes,

vor.

Der Senat beschließt die vorgelegte Mitteilung an die Bürgerschaft und ermächtigt den Präsidenten des Senats, bei der Präsidentin der Bürgerschaft die Vorwegüberweisung der Senatsmitteilung an den zuständigen Ausschuss zu beantragen.

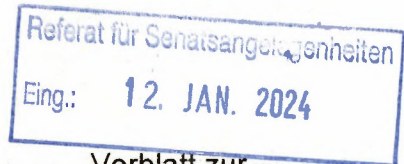
Gr. Verteiler

Für die Richtigkeit



Dr. Eike Westermann

TOP I.6
3
Vorweg



Berichterstattung:
Bürgermeisterin Fegebank
Senatorin Pein
Senatorin Schlotzhauer
Staatsrat Dr. von Vogel
Staatsrätin Thomas
Staatsrätin Lotzkat

Vorblatt zur
Neufassung
Senatsdrucksache
Nr. 2024/00098
vom: 11.01.2024

Haushaltsplan 2023/2024

Einzelpläne 1.2 - 1.8 der Bezirksämter

Einzelplan 6.1 Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

Einzelplan 4 Sozialbehörde sowie

Einzelplan 9.2 Allgemeine Finanzwirtschaft

hier: Nachbewilligungen nach § 35 Landeshaushaltsordnung für das Haushaltsjahr 2024 zur Deckung von Mehrbedarfen in Folge des Wohngeld-Plus-Gesetzes

Änderungen in der Neufassung

Änderungen in der Senatsdrucksache:

- Vorblatt, Ziffer C - Auswirkungen auf den Haushalt
- Ziffer 3.2, Seite 7, Absatz 3, Satz 1: Redaktionelle Änderungen

Änderungen in der Mitteilung an die Bürgerschaft:

- Ziffer 4, Seite 4, Absatz 2 Satz 1: Anpassung des Datums
- Ziffer 7.1.1, Seite 7, Absatz 5: Ergänzung letzter Satz
- Ziffer 7.2, Seite 8, Absatz 3: Ergänzung letzter Satz
- Ziffer 8 neu, Seite 10: Ergänzung der Begründung für die Vorwegüberweisung

Änderungen in der Anlage 1 Zahlenprotokoll:

- Einzelplan 9.2, Seite 8: Anpassung der Werte in der Tabelle „Ergebnisplan der Produktgruppe 283.01 Zentrale Ansätze I“

Änderungen in der Anlage 2 Stellenveränderungen zum Stellenplan 2023/2024:

- Einzelplan 4, Seite 11: Redaktionelle Änderungen in der Tabelle „Stellenstreichungen zum 01.04.2024“

A. Zielsetzung

Anpassung des Haushaltsplans 2023/2024 an zwischenzeitlich festgestellte Änderungsbedarfe für das Haushaltsjahr 2024, im Zusammenhang mit der Auflösung der Zentralen Wohngeldstelle Hamburg (ZeWo) und dem Ressourcenübergang an die Bezirksämter zum 01.04.2024.

B. Lösung

Beschluss der beigelegten Mitteilung an die Bürgerschaft.

C. Auswirkung auf den Haushalt

Mehrbedarfe im Haushaltsjahr 2024 im Einzelplan 6.1 der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (BSW) für Wohngeldzahlungen in Höhe von 122.000 Tsd. Euro, von denen 30.500 Tsd. Euro aus dem Einzelplan 9.2 Allgemeine Finanzwirtschaft (AFW) gedeckt werden

Ab dem 01.04.2024 entstehen die nachfolgend aufgeführten Personal- und Sachkosten in Höhe von 6.361 Tsd. Euro, welche im Haushaltsjahr 2024 durch entsprechende Absenkung von Haushaltsansätzen im Einzelplan 9.2 AFW gedeckt werden.

Einzelplan 6.1 Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

- Schaffung einer Planstelle A11 Regierungsamtfrau/Regierungsamtmann (Zentrales Controlling Wohngeld), Personal- und Sachkosten in Höhe von 78 Tsd. Euro (einschl. BAP)

Einzelpläne 1.2 - 1.8 Bezirksämter

Mehrbedarfe für Personal- und Sachkosten in Höhe von 6.093 Tsd. Euro:

- 100,61 zusätzlichen Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerstellen E6/E9a sowie von 5,5 Stellen Leitung E9b für die Zentrale Poststelle Wohngeld (ZePoW) und die Wohngeldsachbearbeitung sowie einer Planstelle A11 Regierungsamtfrau/Regierungsamtmann für die Leitung der (ZePoW) (4.345 Tsd. Euro)
- vier Planstellen A7 Regierungsobersekretärin/Regierungsobersekretär für den Bereich Bildung und Teilhabe (203 Tsd. Euro)
- 1,5 Planstellen A13 Regierungsrätin/Regierungsrat für die bezirklichen Rechtsämter (122 Tsd. Euro)
- jeweils eine Stelle für Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmer der Wertigkeiten E9b und E8 für den Telefonischen HamburgService (THS) (92 Tsd. Euro)
- BAP für 114,61 Stellen (743 Tsd. Euro)
- weitere Sachkosten für THS (414 Tsd. Euro), ZePoW (70 Tsd. Euro), Neuanmietungen (104 Tsd. Euro)

Einzelplan 4 Sozialbehörde

- Schaffung von 1,25 Planstellen A11 Regierungsamtfrau/Regierungsamtmann für die Fachliche Leitstelle und einer bis zum 31.12.2026 befristeten Planstelle A12 Amtsärztin/Amtsrat für Onlineverfahren (Onlinezugangsgesetz), Personal- und Sachkosten in Höhe von 190 Tsd. Euro (einschl. BAP)

D. Auswirkung auf die Vermögenslage

Die Kosten nach C. stellen im Jahr ihrer jeweiligen Entstehung Aufwand dar und mindern über die Ergebnisrechnung das Eigenkapital der FHH.

E. Sonstige finanzielle Auswirkungen

Keine.

F. Vollzugsaufwand

Entfällt.

G. Auswirkungen auf:

- ☐ Familienpolitik
- ☐ Klimaschutz
- ☐ Inklusion
- ☐ Gleichstellung

Keine Auswirkungen.

H. Notifizierung nach EU-Recht

Keine.

I. Vorwegüberweisung

Mit dieser Drucksache werden die Voraussetzungen geschaffen, um die ZeWo zum 01.04.2024 in die Bezirksverwaltung zu überführen. Um bis zu diesem Zeitpunkt eine Beschlussfassung der Bürgerschaft zu ermöglichen und dadurch die Planungssicherheit für die bezirkliche Aufgabenwahrnehmung herzustellen, ist eine Vorwegüberweisung in den zuständigen Ausschuss notwendig.

J. Alternativen

Verlängerung der Zuständigkeit der ZeWo in der bestehenden Form.

Übernahme der Zuständigkeit für die ZeWo durch die BSW als zuständige Fachbehörde.

K. Anlagen

- Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft